



Ein Überblick über Rothschilds Raubzüge im Deutschland der Nachkriegszeit -6



Auch die gepriesene Exportweltmeisterschaft der deutschen Wirtschaft, ein Ausfuhrüberschuss von 195 Mrd € 2007, verdient genauere Betrachtung.

Verschiedenes spricht dafür, dass es sich hier eigentlich um verdeckte Reparationszahlung, Subventionen, Schutzgeldzahlung oder um eine Weltmeisterschaft im Spendieren handelt.

Die Besteuerung spricht dafür, weil es auf Exporte keine Steuern gibt. Während die Deutschen im Inland auf alles 19% Umsatzsteuer zahlen müssen, erhalten Ausländer die deutschen Produkte ohne Aufpreis, und die Mehrwertsteuer wird ihnen sogar zurückerstattet, sollten sie diese versehentlich gezahlt haben.

Regierungen im Ausland können ihre Verkaufssteuern aufschlagen und verdienen.

Der Preis spricht des weiteren dafür, weil es sich bei vielen Exporten um ein Zuschussgeschäft handelt: Die Preise deutscher Fahrzeuge in den USA beispielsweise sind dort bis zu 50% niedriger als in Deutschland, trotz sehr viel besserer Ausstattung, trotz Spezialanpassung an die amerikanischen Sicherheitsvorschriften und trotz Verschiffung im Container. Ein Golf, der in Deutschland 20.000 € kostet, ist in den USA so für lediglich 10.000 € zu haben.

5,5 Mio Fahrzeuge werden jährlich in Deutschland produziert, ein Drittel der europäischen Gesamtproduktion, 20% der Weltproduktion.[115] Wenn 2008 Fahrzeuge im Wert von 73 Mrd € in die USA exportiert wurden, so wurden „den USA“ bei einem gegebenen US-Rabatt von 50% also rund 73 Mrd € spendiert.[116]

(den Rest bezahlen die Rothschildisten mit Geld, das sie sich selbst drucken,

insofern muss man auch die zweiten 73 Mrd. als Geschenk sehen. Das werden wir aber erst am Schuss merken, wenn wir „unsere“ Währungsreserven zählen)

Und schließlich bleibt auch zu fragen, wer den letztlich von diesen Exportüberschüssen profitiert.

Soweit diese nämlich von ausländischen Firmen in Deutschland erzielt werden, fließen sie als Gewinne ins Ausland ab und zurück für Deutschland bleiben nur die Späne der Arbeit, die Entlassenen, die Kranken, die Verunfallten und die Umweltverschmutzung.

Die Reformen der Bundesregierung dienen nicht dem Wohlergehen der einfache Bürger, sondern dem der großen Firmen.

Der Redakteur Karl Weiss von der Berliner Umschau schätzt, dass durch die „Reformen“ von den großen Firmen **heute pro Jahr 100 bis 150 Mrd € weniger an Steuern erhoben werden als vor der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.[117]**

Bei Angela Merkel hat sich dahingehend nichts geändert, im Gegenteil, es ist noch rapider schneller vorangetrieben worden.

- **Firmen können heute die Kosten für die Verlagerung von Firmenteilen ins Ausland in Deutschland geltend machen, während sie die im Ausland erzielten Gewinne nicht in Deutschland zu versteuern brauchen.**
- **Auch die Kosten für die Entlassung von Arbeitern und Kursverluste lassen sich in Deutschland von der Steuer absetzen. Viele der größten Firmen im Lande haben sich so regelrecht zu verdeckt antisozialen Organisationen entwickelt. Anders kann man es nicht nennen, wenn eine Firma wie Infineon erst 1 Mrd € an Subventionen für ihre Fabrik in Ostdeutschland bekommt, dann aber 2003 erklärt, sie wolle zum Teil ins Ausland umziehen.**
- **Die abwandernde Körber AG erhielt ebenfalls einige Millionen € an Subventionsgeldern. Eine Fachhochschule in Ost-Berlin entwickelte für sie eine Hochleistungsschleifmaschine, und die will die Körber AG aber jetzt von der Schweiz aus verkaufen und den Standort Berlin aufgeben.**
- **Müller Milch erhielt 31 Mio € Subventionen für den Stellenaufbau in Ostdeutschland, schloss aber zwei Standorte in Westdeutschland und der Eigentümer verlegte seinen privaten Wohnsitz in die Schweiz, jetzt nach Österreich, der Erbschaftssteuer wegen.**

Und so zahlt die Bundesrepublik jedes Jahr ca. 25 Mrd € an Subventionen auch an solche deutschlandfeindliche Firmen.

Für Firmen gibt die BRD insgesamt mehr an Subventionen aus als für die ganze Sozialhilfe zusammen genommen.

Ein Großteil von den 70 Mrd € jährliche Unternehmenssteuern fließt so an Unternehmen zurück, die nichts Besseres zu tun haben, als das Geld ins Ausland weiterzureichen. **Es ist aber bei so einem Umzug nicht nur der Verlust an Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen zu sehen, man muss auch sehen, daß diese Firmen alle Patente und Rechte mit ins Ausland nehmen, die von deutschen Ingenieuren entwickelt wurden.**

Damit da von den großen Firmen, den Kapitalgesellschaften, genügend viel abfließen kann, hat die Steuerreform von Finanzminister Hans Eichel anno 2000 dafür gesorgt, dass steuerlich versierte Kapitalgesellschaften

praktisch keine Steuern mehr zu zahlen brauchen. Kapitalgesellschaften können ihre Buchgewinne an Beteiligungen (z.B. durch gestiegene Aktienkurse) steuerfrei realisieren, Buchverluste (z.B. durch gefallene Aktienkurse) dagegen dürfen sie steuerlich abschreiben.

- *Erst als Vodafone 2004 die unverschämte Summe von 52 Mrd € abschreiben wollte, fiel der Öffentlichkeit auf, was für eine Vorzugsbehandlung hier legitimiert wurde. Tatsächlich erlaubte der Staat 2009 der Firma Vodafone eine Abschreibung von 15 Mrd €.[118]*

Allein bei den DAX30-Firmen schätzt man steuerlich legitimierte Buchwertverluste von 100 Mrd € pro Jahr.

- **Siemens z.B. zahlte 2002 in Deutschland keine Steuern, ließ sich vielmehr 349 Mio € vom Finanzamt ausbezahlen, zahlte aber im Ausland Steuern.[119]**
Auch so kann man das Geld vom deutschen Steuerzahler ins Ausland pumpen.

Seit der Steuerreform 2000 dürfen deutsche Konzerne ihre ausländischen Verluste mit den inländischen Gewinnen verrechnen, was den Steuerzahler viele Milliarden kostet. Und wenn ein großer Konzern Firmenanteile verkauft, so kann er die Gewinne steuerfrei kassieren, macht das ein kleiner Handwerker mit seinem Betrieb am Ende seines Erwerbslebens, so ist er voll steuerpflichtig.

Die großen Firmen werden die nächsten Jahre keine Steuern zahlen (da sie sämtlich zionistisch-rothschildistisch kontrolliert sind und diese Gruppe generell keine Steuern zu zahlen gedenkt), die Steuerlast wird zu den kleineren Firmen, zur Einkommenssteuer und Lohnsteuer der einfachen Arbeitnehmer verschoben.

Kein Wunder, wenn es dem in Deutschland immer schlechter geht.[120]

Während im Fernsehen Bilder von kriminellen Bürgern gezeigt werden, die an der Grenze zur Schweiz von der Polizei geschnappt wurden, wie sie 10.000 € ins Ausland schmuggeln wollen, entgeht der Aufmerksamkeit völlig, wie die großen Firmen und Banken mit der Unterstützung und dem Wohlwollen des Staates Milliardenbeträge ins Ausland abfließen lassen.

Während der Staat für die Öffentlichkeit mit der Lupe nach den kleinen deutschen Termiten am Bau sucht, übersieht er dabei aber geflissentlich, wie global agierende Elefanten das ganze Haus niedertrampeln.

- *Die 70 Steuerfahnder der Abteilung V des Finanzamtes Hessen waren die vielleicht besten im ganzen Lande. Sie hatten 2001 dem Land 250 Mio € und dem Bund 1 Mrd € verdient.[121] Und 2008 schien es so, als sei ihnen wieder ein großer Wurf gelungen. In ihrem Bereich haben alle großen Banken ihre deutschen Zentralen, und die Steuerfahnder kamen in den Besitz von 326 Akten und 357 Ordnern zu gewaltigen Geldtransaktionen nach Liechtenstein. **Steuerliche Zusatzeinnahmen in Milliardenhöhe standen in Aussicht. Als bekanntester Vermögensverschieber geriet der ehemalige Postvorstand Klaus Zumwinkel ins Netz. Doch da fühlten sich einflussreiche Kreise bedroht, und das Imperium reagierte.***
- *„Man“ erreichte, daß die komplette Steuerfahndungsabteilung des Finanzamtes Hessen aufgelöst wurde, die meisten Beamten wurden auf andere Posten versetzt, vier besonders erfolgreiche Fahnder wurden mit Mitte vierzig unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, **der erfolgreichste Fahnder wurde sogar im Auftrag der hessischen Landesregierung als Querulant in die Psychiatrie eingewiesen, und die Staatsanwältin Margrit***

Lichtinghagen, die Zumwinkel den Prozess machen wollte, wurde von ihrer Justizministerin mit Zwangsversetzung bedroht und gab auf. Zumwinkel und alle anderen großen Geldverschieber kamen glimpflich davon.
[122][123]

Bezüglich der Mehrwertsteuer lässt der Staat an den Grenzen ein seltsames Geschehen zu, mit dem ihm jährlich geschätzte 20 Mrd € verloren gehen.[124]

Die Mehrwertsteuer ist als Verbrauchssteuer von der Regierung nur für den deutschen Bürger gedacht, Unternehmer und die Besucher aus anderen Ländern brauchen sie nicht zu zahlen. So gibt es überall in den Grenzorten Geschäfte mit Hinweisschildern, daß den Kunden da die Mehrwertsteuer zurückerstattet wird ((MOMS, VAT). Gegen Vorlage einer Rechnung erhält der Betreffende bei diesen Stellen die Mehrwertsteuer sofort in Bar zurückerstattet.

Man mag es als Deutscher schade finden, dass es uns nirgendwo im Ausland auch so gut ergeht, doch der Clou sind die Schwindeleien im größten Umfang, gegen die der Staat nur wenig unternimmt.

So werden beispielsweise in vollbeladenen LKWs dieselben Waren im Kreis immer wieder von Deutschland aus über die Grenze und zurück gefahren, und jedes Mal wird erneut die Mehrwertsteuerrückerstattung vom deutschen Finanzamt kassiert. Bei einer Ladung mit 500 Computern macht das bei jedem Grenzübertritt eine Einnahme von ca. 80.000 € aus.

Das Geld wandert überall hin, wenig bleibt im Lande.

Die FraPort AG, also die Firma, die den Frankfurter Flughafen betreibt, hat 4 Mrd € ihrer Anleger in Manila in den Sand gesetzt, weil die Philippinen den dort von der FraPort gebauten Flughafen nicht bezahlen wollen. Schlecht für die Geldanleger.

Nicht so schlecht für die Vorstandsmitglieder von FraPort, die sich 2003 trotzdem eine nette Aufstockung ihrer Gehälter von jährlich 500.000 € auf 750.000 € genehmigten. War ja auch längst überfällig. Wer kann schon mit nur 500.000 € pro Jahr auskommen? **Und 2008 unterstützt die Bundesregierung die FraPort da gern mit 41,9 Mill €, als Bundesgarantie zum Schutz vor Risiken im Ausland.[125]**

Bei den geschäftlichen Verlusten der Wirtschaft bei Auslandsgeschäften scheint die Ursache aber weniger im Peter-Prinzip zu bestehen oder darin, dass es inkompetente Nieten in Nadelstreifen an die Spitze von Großkonzernen geschafft haben.[126]

Es scheint eher so zu sein, dass bewusst korrupte Manager und Endscheider an Schlüsselstellen installiert werden, damit man mit ihrer Hilfe gezielt Geld abfließen lassen kann. Wie sonst wären nach den ja für die Firmen gigantischen Pleiten die hohen Abfindungen für diese Manager zu erklären und wie sonst, daß diese danach regelmäßig schnell die nächste Chance erhalten, ihr unheilvolles Management in einer anderen Firma fortzusetzen.

Angesichts dieser gigantischen Fehlleistungen ist es **schierer Hohn, wenn da einige äußern, die hohen Managergehälter seien wegen der gewaltigen Personalverantwortung der Manager durchaus gerechtfertigt.**

So wie es angesichts der heutigen Massenentlassungen aussieht, beziehen die Topmanager ihre Topgehälter eher proportional zu ihrer Skrupellosigkeit.

Der französische Historiker Emmanuel Todd erinnert sich an den Skandal der Credit Lyonnais und meint, daß **ein massives finanzielles Engagement in den Vereinigten Staaten immer der Ankündigung einer Katastrophe**

gleichkommt.[127] (die Katastrophe für die Engagierten, keine Katastrophe für die Rothschildisten, sondern deren Plan)

Wie wird sich also z.B. Siemens entwickeln, wenn im Aufsichtsrat inzwischen schon drei der Herren nicht mehr aus Deutschland sind? Zuletzt trat im August 2003 der in New York lebende Jerry I. Speyer in den Siemens-Aufsichtsrat ein, um hier seine Kollegen John D. Coombe und Sir Ian Vallance zu unterstützen. (Kein Wunder, denn auch Siemens ist ein Rothschild-Konzern seit fast 100 Jahren)

Wie viele Deutsche sitzen eigentlich im Aufsichtsrat von General Electric? (Könnte passieren, dann aber „deutsche“ Israelis)

Die Abschöpfung der Deutschen zugunsten insb. des US-Auslands wird sich jedenfalls so schnell nicht ändern.

Das machte eine Anfrage des CDU-Parlamentarierers Martin Hohmann klar. Der fragte 2003: [128].

1. Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern? – **Die Antwort war:** Die deutsche Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union wird ohne Abstriche eingehalten.
2. Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter 10 Mil liarden DM zur Verfügung gestellt worden sind? –
– **Die Antwort war:** Man könne die beiden Fälle nicht vergleichen. Die Bundesregierung wird sich gegenüber Rußland, Polen und der Tschechischen Republik auch nicht für eine symbolische Entschädigung und ein Zeichen der Genugtuung für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzen.
3. Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – vor allem jüdische – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen?
– **Die Antwort war:** Nein, der Respekt vor dem damaligen Leiden dieser Menschen gebiete, das Entschädigungsniveau uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.“

Und sein Fazit fasste Hohmann anschließend so zusammen:

- **„Mich haben diese Antworten nachdenklich gemacht und sie bestätigen die in unserem Land weit verbreitete Anschauung: Erst kommen die anderen, dann wir. Überspitzt gesagt: Hauptsache, die deutschen Zahlungen gehen auf Auslandskonten pünktlich und ungeschmälert ein. Dafür müssen die Deutschen den Gürtel halt noch ein wenig enger schnallen. Offen gestanden, ich würde mir einen Konsens wünschen, wie er in vielen anderen Ländern der Welt besteht. Dort lautet dieser Konsens: Der eigene Staat muss in erster Linie für die eigenen Staatsbürger da sein. Wenn schon eine Bevorzugung der Deutschen als nicht möglich oder nicht opportun erscheint, dann erbitte ich wenigstens Gleichbehandlung von Ausländern und Deutschen.“**

Der (mutige) Abgeordnete Hohmann ist im Übrigen auch dadurch aufgefallen, dass er hartnäckig Auskunft über den Verbleib der „deutschen Goldreserven haben wollte.

Sein Mut hatte zur Folge, dass ihm irgendeine schmutzige Porno-Affäre

angehängt wurde, weshalb er dann aus der CSU-Fraktion ausgeschlossen wurde/ werden konnte.

Was ist die Konsequenz aus der Finanzkrise und was müsste geschehen?

Zumindest zwei Konsequenzen sind zu ziehen.

Der erste Punkt betrifft die Übernahme von Pleitefirmen: Banken, Versicherungen und große Firmen ab vielleicht 10.000 Mitarbeitern, 1 Mrd Umsatz und/oder Gewinn, das bleibt zu erkunden und festzulegen, gehören nicht in Privathand sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Das Eigentum kann dabei durchaus auf Aktionäre verteilt bleiben und die können ihre jährliche Dividende erhalten, aber die Entscheidungsbefugnis gehört abgelöst vom Besitz, die oberste Finanzkontrolle gehört verstaatlicht, die Aufsichtsräte aufgelöst und durch einen staatlichen Finanzkontrolleur für diese Firma ersetzt, der auch alle Lobbyisten ersetzt und einziger Mittler zur Politik ist. Der Staat sollte sich dabei nicht unbedingt in Entwicklungsabteilungen einer Firma einmischen, aber die Belegschaft sollte ab der Übernahme durch den Staat von ganz oben runter nach dem Bundesangestelltentarif BAT bezahlt werden, während der staatliche Finanzkontrolleur dafür sorgt, daß die Gewinne der Firma dem Staat zufließen und nicht sonst irgendwo im Ausland oder als private Boni verschwinden.

Kleinere Firmen bis zur Limitgröße sollten dagegen freier als jetzt „kapitalistisch“ agieren dürfen, und der Start sollte neuer Firmen und damit neuer Produkte und Dienstleistungen mehr fördern als bisher. Angehende Unternehmer sollten nach positiver Prüfung ihres Businessplans durch ein regionales Wirtschaftsgremium ein Startgeld und eine Erstfinanzierung erhalten.

Der zweite Punkt betrifft die Auflösung der Staatsverschuldung und die Kreditvergabe.

Die Entstehung von Geld und Kredit muss zurück in Staatshand, die Verschuldung des Staates bei Privatbanken beendet werden.

Der Staat muss selbst das Geld erschaffen dürfen, das benötigt wird, um einen ungestörten Warenaustausch zu ermöglichen. Geldmenge, Zinsen und Wechselkurse müssen durch ihn oder eine unabhängige, nationale Institution, so wie einst die Bundesbank, so kontrolliert werden, dass weder Inflation noch Deflation entsteht. Vor allem aber dürfen die Entscheidungen darüber, welche Firmen und Projekte Kredite erhalten, nicht mehr von ausschließlich am Profit orientierten Personen und Prinzipien (Basel II) vorgenommen werden, sondern regionale und überregionale Wirtschaftsgremien müssten darüber entscheiden dürfen, wo es weiter geht und wo nicht.

Die Kontrolle und der Gewinnzufluss aus den großen Firmen sollte es ermöglichen, die Mehrwertsteuer europaweit auf einen einheitlichen Wert zu reduzieren oder sie sogar abzuschaffen und lediglich noch regionale Steuern zur Regelung des Konsums (Alkohol, Tabak, Mineralöl, Schadstoffe) zu erheben.

Durch die voranschreitenden Rationalisierungseffekte sollte sogar eine fortschreitende Reduktion der Arbeitsstunden pro Woche und die Zahlung eines Bürgergeldes in Aussicht stehen.

Anmerkung: wenn das von den Rothschildisten betrügerisch erworbene (Sach)-vermögen, wie üblich eingezogen und dem Geschädigten zurückerstattet wird, dann ist mit einem Schlag die gesamte Weltbevölkerung incl. aller Entwicklungsländer STEINREICH !

SCHLUSS - mit dickem Dank an Gabriele, die mir das zur weiteren Bearbeitung empfohlen hat !!!